

*Unabhängige Menschenrechtsorganisationen halten die von der US-Regierung veröffentlichten Zahlen über die bei Luftangriffen mit Drohnen, Marschflugkörpern und Kampfflugzeugen außerhalb von Kampfgebieten getöteten Zivilisten für stark untertrieben.*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 095/16 – 20.07.16**

## **Die US-Regierung macht Angaben zur Anzahl der Toten, die bei Luftangriffen außerhalb von Kriegsgebieten starben**

Von Charlie Wilden und Scott Shane

The New York Times, 01.07.16

( <http://www.nytimes.com/2016/07/02/world/us-reveals-death-toll-from-airstrikes-outside-of-war-zones.html> )

WASHINGTON – Am Freitag wurde der Schleier der Geheimhaltung, der bisher über einer der umstrittensten US-Taktiken zur Bekämpfung von Terroristen lag, teilweise gelüftet; die Obama-Regierung erklärte, sie glaube, dass bei US-Luftschlägen außerhalb regulärer Kriegsgebiete in Afghanistan neben 2.500 Mitgliedern von Terrorgruppen auch 64 bis 116 Zivilisten getötet wurden.

Diese offiziell angegebene Anzahl der zivilen Opfer ist viel niedriger als die auf Schätzungen beruhenden Zahlen unabhängiger Organisationen, die ebenfalls Erhebungen über die so genannten "gezielten Tötungen" der US-Regierung anstellen. Auch Menschenrechtsgruppen zweifeln die Regierungszahlen an. Die meisten Angriffe in chaotischen Regionen wie Libyen, den Stammesgebieten in Pakistan, in Somalia und im Jemen wurden mit Drohnen durchgeführt. Daneben wurden in kleinerem Umfang aber auch traditionelle Kampfflugzeuge und Marschflugkörper eingesetzt.

Gleichzeitig verkündete Obama einen Präsidentenerlass, mit dem er dem Schutz der Zivilbevölkerung Vorrang einräumt und künftige US-Regierungen auffordert, die Anzahl (der bei Luftschlägen) getöteten Zivilisten jährlich zu veröffentlichen. Der Erlass, den ein/e zukünftige/r Präsident/in jederzeit aufheben oder ändern kann, soll Nachfolger/innen zu größerer Offenheit verpflichten, die er in den sieben Jahren seiner bisherigen Amtszeit verweigert hat.

Das US-Drohnenprogramm hat Obamas Präsidentschaft entscheidend geprägt. Er hat den Einsatz von Drohnen weit über das unter George W. Bush übliche Maß hinaus ausgeweitet und trägt die persönliche Verantwortung für alle durch Drohnen verursachten Tötungen, auch für den Tod von US-Amerikanern.

Weil die US-Regierung wusste, dass Kritiker des Drohnenprogramms ihre Zahlen anzweifeln, hat sie einen Freitag vor einem Feiertagswochenende für die Veröffentlichung gewählt. Besonders die Anzahl der zivilen Drohnenopfer beruht auf Schätzungen, weil eine genaue Zuordnung der Toten meistens nicht möglich ist.

"Auch die Zahlen der Regierung sind nur geschätzt," erklärte Bill Roggio, der Redakteur des *Long War Journal* (s. <http://www.longwarjournal.org/> ) der Foundation for Defense of Democracies (s. <http://www.defenddemocracy.org/about-fdd> ), der seit über einem Jahrzehnt die zivilen Toten zu erfassen versucht. "Ihre Angaben sind vielleicht etwas genauer als meine, stimmen aber auch nicht."

Der Veröffentlichung von Opferzahlen und des Obama-Erlasses gingen monatelange Beratungen in Regierungsgremien voraus, weil damit noch andere Absichten verfolgt werden. Rund sieben Monate vor dem Ende seiner Amtszeit hat Obama damit außerhalb offizieller Kriegsgebiete durchgeführte Luftschläge als legitimes Mittel der US-Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert institutionalisiert.

Obama erklärt in seinem Erlass, zivile Opfer seien "eine tragische, zuweilen aber unvermeidliche Folge des Einsatzes von Gewalt in bewaffneten Auseinandersetzungen, die zur Selbstverteidigung legitim und notwendig seien. Die Anzahl ziviler Opfer müsse aber möglichst klein gehalten werden.

Die geschätzte Anzahl ziviler Opfer seit Obamas Amtsantritt im Jahr 2009 bis Ende 2015 stammt aus einem Bericht aus dem Büro des Director's of National Intelligence (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Director\\_of\\_National\\_Intelligence](https://de.wikipedia.org/wiki/Director_of_National_Intelligence) ). Bei 473 Luftschlägen seien (neben 64 bis 116 Zivilisten) auch 2.372 bis 2.581 "Kombattanten" getötet worden.

Afghanistan, der Irak und Syrien seien als "aktive Kampfzonen" nicht in dem Bericht erfasst. Die Stammesgebiete in Pakistan gehörten nach dem Verständnis der Regierung zwar auch zur Kampfzone Afghanistan, dort seien die zivilen Opfer aber erfasst worden.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die meisten Drohnenangriffe in Pakistan im Rahmen verdeckter Operationen der CIA stattgefunden haben; das bedeutet, dass die von der Regierung immer wieder versprochene Transparenz bei den gezielten Tötungen noch immer nicht gegeben ist.

In dem Obama-Erlass wird auch gefordert, dass die Jahresberichte aus dem Büro des Director's of National Intelligence die Diskrepanz zwischen den offiziellen Regierungszahlen und den Erhebungen außenstehender Gruppierungen aufzeigen sollte, die erheblich ist.

Die Zahlen der Regierung über zivile Opfer sind etwa halb so hoch wie die niedrigste Schätzung unabhängiger Beobachter, die ihre Schätzungen größtenteils auf Pressemeldungen und Informationen lokaler Behörden stützen. Das *Long War Journal* des Herrn Roggio, die in Washington ansässige Sicherheitsorganisation *New America* (s. <https://www.newamerica.org/> ) und das Londoner *Bureau of Investigative Journalism* schätzen, dass seit 2009 durch US-Luftschläge außerhalb von Kriegszonen 200 bis 800 Zivilisten getötet wurden.

Menschenrechtsverfechter und unabhängige Analysten, die jeden Schritt zu mehr Transparenz begrüßen, drückten ihre Enttäuschung über die unzureichenden Daten aus.

"Die Regierung sollte Informationen über jeden einzelnen Luftschlag veröffentlichen – das Datum, den Ort und die Anzahl aller Opfer, differenziert nach Kombattanten und Zivilisten," forderte Jameel Jaffer von der *American Civil Liberties Union* (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/American\\_Civil\\_Liberties\\_Union](https://de.wikipedia.org/wiki/American_Civil_Liberties_Union) ). Ohne Angabe der Orte und Daten der Luftschläge könnten die Zahlen der Regierung unmöglich mit unabhängigen Erhebungen verglichen werden.

Federico Borello, der geschäftsführende Direktor des *Center's for Civilians in Conflict* (s. [https://en.wikipedia.org/wiki/Center\\_for\\_Civilians\\_in\\_Conflict](https://en.wikipedia.org/wiki/Center_for_Civilians_in_Conflict) ) lobte die angestrebte Vermeidung ziviler Opfer, hielt die veröffentlichten Zahlen aber für zu niedrig.

Naureen Shah von Amnesty International, sagte, die Veröffentlichung der Zahlen sollte "nicht das Ende, sondern der Anfang der Diskussion über den US-Drohnenkrieg sein".

In dem Regierungsbericht wird zugegeben, dass unabhängige Beobachtergruppen "bedeutsam höhere Zahlen" veröffentlicht haben, aber gleichzeitig darauf verwiesen, dass diese Gruppen auch Informationen aus abgelegenen Gebieten aufgreifen, die nicht nachprüfbar oder als Propagandameldungen von Terroristen zu werten seien.

Die Regierung behauptet, ihre Angaben über zivile Opfer seien besser abgesichert, weil sie "auf Videobeobachtungen, menschlichen Quellen, der Überwachung der Kommunikation, Erkenntnissen von Geheimdiensten und offiziellen Berichten lokaler Behörden beruhen und deshalb eine genauere Trennung zwischen toten Zivilisten und toten Kombattanten ermöglichen.

Die Regierung besteht darauf, jährlich nur einen Bericht über die Anzahl der zivilen Opfer vorzulegen, weil sie damit Auseinandersetzungen über einzelne US-Luftschläge vermeiden will, bei denen besonders viele Zivilisten getötet wurden – wie im Jemen im Dezember 2009 (s. <https://www.wsws.org/de/articles/2009/12/obam-d23.html> ) und in Pakistan im März 2011 (s. <http://www.zeit.de/news-032011/17/iptc-hfk-20110317-73-29312046xml> ), die ihre pauschalen Angaben in Frage stellen könnten.

"Die US-Regierung hat oft vertrauenswürdige Informationen über getötete Kombattanten, die von nichtstaatlichen Organisationen als zivile Opfer gezählt werden," wird in dem Bericht einfach behauptet.

Werden in einem Bericht mehrere Jahre zusammengefasst, ist auch nicht mehr festzustellen, ob die Anzahl der getöteten Zivilisten während eines längeren Zeitraums angestiegen oder gefallen ist – zum Beispiel ab 2013, als Obama in einem Erlass verfügte, dass nur noch Angriffe auf Zielpersonen stattfinden dürfen, die eine unmittelbar drohende Gefahr für US-Truppen darstellten, und wenn mit "ziemlicher Sicherheit" keine Zivilisten zu Schaden kämen.

Es gibt zwar glaubwürdige Berichte, dass es auch danach noch zivile Opfer bei Drohnenangriffen gegeben hat, die Anzahl der Angriffe soll aber deutlich abgenommen haben.

Ein höherer Regierungsvertreter, der anonym bleiben wollte, erklärte, Obama habe mit seinem im Mai 2013 veröffentlichten Erlass, den im In- und Ausland wachsenden Widerstand gegen US-Drohnenangriffe eindämmen wollen, um den Drohnenkrieg fortsetzen zu können, weil er ihn für unverzichtbar hält.

Gezielte Tötungen außerhalb von Kriegsgebieten – die einige Kritiker als Morde bezeichnen – haben zugenommen, weil die USA einen weltweiten Krieg gegen Terroristen führen; die ziehen sich häufig in unwegsame Regionen zurück, in denen keine Bodentruppen eingesetzt werden können. Mit Drohnen können sie aber auch dort bekämpft werden.

Mit dem Bericht soll auch der 2012 zuerst in der *New York Times* geäußerte Verdacht entkräftet werden, für die US-Regierung gelte jeder getötete Mann im wehrfähigen Alter als Kombattant. Die Regierung behauptet, bei Luftschlägen getötete Männer, über die man nichts wisse, würden nicht als Kombattanten gezählt.

In dem Obama-Erlass wird außerdem festgelegt, dass Hinterbliebene von bei US-Luftschlägen getöteten Zivilisten einen Anspruch auf Entschädigung haben.

Bis heute haben die USA nur zwei bei einem Luftschlag Getötete offiziell als Zivilisten anerkannt: zwei in Pakistan tätige Entwicklungshelfer, die 2015 in einem Al-Qaida-Camp als Geiseln festgehalten wurden und bei einem Drohnenangriff starben. Die Regierung hat

auch zugegeben, dass 2013 der US-Amerikaner Anwar al Awlaki getötet wurde, ein islamischer Prediger, der sich im Jemen Al-Qaida angeschlossen hatte. Auch dessen 16-jähriger Sohn starb bei einem Drohnenangriff, wurde aber nicht offiziell als Zivilist anerkannt. Ein Regierungsvertreter sagte aus, die Anerkennung ziviler Drohnenopfer und die Zahlung von Entschädigungen werden nur selten öffentlich bekannt.

*(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Wir wiederholen nochmals den wichtigsten Satz daraus: **"Rund sieben Monate vor dem Ende seiner Amtszeit hat Obama damit außerhalb offizieller Kriegsgebiete durchgeführte Luftschläge als legitimes Mittel der US-Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert institutionalisiert."** Das dürfte der eigentliche Grund für dieses späte und sehr lückenhafte "Geständnis" gewesen sein. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*

---

**The New York Times**

## **U.S. Reveals Death Toll From Airstrikes Outside War Zones**

By CHARLIE SAVAGE and SCOTT SHANE

JULY 1, 2016

WASHINGTON – Partially lifting the secrecy that has cloaked one of the United States' most contentious tactics for fighting terrorists, the Obama administration on Friday said that it believed that airstrikes it has conducted outside conventional war zones like Afghanistan have killed 64 to 116 civilian bystanders and about 2,500 members of terrorist groups.

The official civilian death count is far lower than estimates compiled by independent organizations that try to track what the government calls targeted killings, and human rights groups expressed doubts about the reliability of the government's numbers. Most of the strikes have been carried out by drones in chaotic places like Libya, tribal Pakistan, Somalia and Yemen, though a small number have involved traditional aircraft or cruise missiles.

At the same time, President Obama issued an executive order making civilian protection a priority and requiring the government in the future to disclose the number of civilian deaths each year. The order, which could be canceled or altered by a future president, tries to commit his successors to greater openness than he has achieved in his first seven years in office.

For Mr. Obama, the drone program is personal, a defining feature of his presidency. As he expanded the use of drones far beyond what President George W. Bush had begun, he took a direct role in approving some strikes, including the deliberate killing of an American, and in setting up rules to govern them.

In a seeming acknowledgment that the long-anticipated disclosure would be greeted with skepticism by critics of the drone program, the administration issued the numbers on a Friday afternoon before a holiday weekend. The use of a range of estimated civilian deaths underscored the fact that the government often does not know for sure the affiliations of those killed.

"They're guessing, too," said Bill Roggio, editor of the Long War Journal at the Foundation for the Defense of Democracies, who has tracked civilian deaths for more than a decade. "Theirs may be a little more educated than my guesses. But they cannot be completely accurate."

The disclosure about civilian deaths and the executive order, the subject of months of bureaucratic deliberations, carried broader significance. Issued about seven months before Mr. Obama leaves office, the order further institutionalized and normalized airstrikes outside conventional war zones as a routine part of 21st-century national security policy.

The order declares that “civilian casualties are a tragic and at times unavoidable consequence of the use of force in situations of armed conflict or in the exercise of a state’s inherent right of self-defense,” and lays out the “best practices” necessary to reduce their likelihood and “take appropriate steps” when they occur.

The estimated number of civilian deaths between Mr. Obama’s inauguration in 2009 and the end of 2015 was contained in a report issued by the Office of the Director of National Intelligence. It said the numbers came from 473 strikes, which also killed 2,372 to 2,581 “combatants.”

The report named Afghanistan, Iraq and Syria as “areas of active hostilities” excluded from the policy. A senior administration official said tribal Pakistan — which the government treats as an extension of the Afghan battlefield in certain contexts — is not such an area; casualties there are part of the official civilian death toll.

It is an open secret that the majority of drone strikes have taken place there as Central Intelligence Agency covert operations, which has meant that the administration’s periodic pledges to be more transparent about targeted killings have not been completely fulfilled.

The executive order also said that the annual reports from the Office of the Director of National Intelligence should address any discrepancy between the official body count and what outside groups estimate. That gap is striking.

The administration’s count of civilian deaths is about half of the lowest estimate from independent watchdogs, which base their estimates largely on press reports and information from local officials. Mr. Roggio’s Long War Journal, the Washington-based security policy organization New America and the London-based Bureau of Investigative Journalism estimate that 200 to 800 civilians have been killed by American airstrikes outside war zones since 2009.

Human rights advocates and independent analysts, while welcoming the step toward transparency, expressed disappointment with the limited data.

“The government should be releasing information about every strike — the date of the strike, the location, the numbers of casualties, and the civilian or combatant status of those casualties,” said Jameel Jaffer of the American Civil Liberties Union. Without the locations and dates of strikes, he said, the administration’s numbers are impossible to compare with independent accounts.

Federico Borello, executive director of the Center for Civilians in Conflict, praised the emphasis on avoiding civilian deaths, but said the numbers released “don’t add up.”

Naureen Shah of Amnesty International said the limited disclosure should be “not the end of the public conversation on U.S. drone strikes, but just the beginning.”

The government report acknowledged that outside groups had published “significantly higher figures,” but said their numbers relied on reports about events in remote and inaccessible areas that might be inaccurate or tainted by “terrorist propaganda.”

The government, it maintained, has access to superior information when counting civilian deaths, drawing on “video observations, human sources and assets, signals intelligence, geospatial intelligence, accounts from local officials on the ground, and open source reporting” to determine whether people killed in its strikes had “undertaken certain acts that reliably connote meaningful integration” into an enemy group.

The administration also declined to break down its retroactive estimate of civilian death by year, a decision that permits it to avoid fights about how it addressed several well-known American airstrikes that generated accusations of dozens of civilian deaths — including one in Yemen in December 2009 and another in Pakistan in March 2011 that together would seem to surpass the low end of its range.

“The U.S. government may have reliable information that certain individuals are combatants, but are being counted as noncombatants by nongovernmental organizations,” the report said, cryptically.

Lumping all seven years together also makes it harder to analyze, for example, how trends may have changed since May 2013. That is when Mr. Obama issued a “presidential policy guidance” limiting airstrikes away from war zones to targets that present a “continuing, imminent threat to U.S. persons” and cases where there was a “near certainty” of avoiding civilian casualties.

While there have been credible reports of some strikes involving civilian casualties since then, the overall pace of airstrikes appears to have dropped significantly.

A senior administration official, speaking on the condition of anonymity to discuss the order, said Mr. Obama pushed for the new policy as a coda to the May 2013 guidance. Both were motivated by his desire to drain the suspicion surrounding drone strikes in order to bolster public support, at home and abroad, for a tool he believes will continue to be necessary, the official said.

Targeted killings away from battlefields — a practice denounced by some critics as assassinations — have grown as the United States has waged an open-ended war against a splintering, morphing terrorist adversary whose members flow into ungoverned regions where no ground forces are engaged in combat, and as the rise of drone technology has lowered the barriers to carrying out strikes in inaccessible places.

The report also pushed back against the claim, first reported in 2012 in *The New York Times*, that the government, when counting civilian casualties, presumes that any military-aged male killed in a strike zone is a combatant. It said a dead person from such a strike about whom nothing was known was presumed to be a noncombatant.

The order also generally required agencies that carry out such strikes to acknowledge United States government responsibility for civilian deaths and offer condolence payments.

To date, the United States has publicly acknowledged responsibility for only two civilian deaths — the accidental killing in 2015 of two aid workers in Pakistan who were being held hostage inside a compound of Al Qaeda when it was struck. In 2013, the administration acknowledged killing the 16-year-old son of Anwar al-Awlaki, the American cleric who had joined Al Qaeda in Yemen and himself been killed in a drone strike, but did not explicitly acknowledge that he was a civilian. An administration official said such acknowledgments and payments were rarely public.